

## NIEDERSCHRIFT

über die 6. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

vom:	08.03.2000
von:	16.00 Uhr
bis:	19.37 Uhr
Ort:	Rathaus Siegen, Ratssaal

Anwesend waren:

I. Vom Haupt- und Finanzausschuss:

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender  
Stv Boller, Joachim  
Stv Dreisbach, Jürgen  
Stv Elter, Uwe  
Stv Fries, Traute  
Stv Dr. Holzäpfel, Heinz  
Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm - bis w. TOP 11.2  
Stv Köhl, Siegfried  
Stv Moll, Ilona  
Stv Mues, Steffen - für Stv Mues, Gunter  
Stv Rothenpieler, Wilhelm  
Stv Schiemer, Hansgeorg  
Stv Schneider, Manfred - für Stv Dr. Stötzel, Wolfgang ab TOP 6  
Stv Schulte, Werner  
Stv Siebel, Helmut  
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang - bis TOP 5.3

II. Beratende Mitglieder:

Stv Walter, Klaus-Volker

III. Vom Personalrat

StAI Müller

IV. Von der Verwaltung:

StK Baumeister  
StR Dr. Rohr  
StBR Brune  
Städt. OVR Kühn  
Städt. OVR Lehmann  
Städt. VR Weber  
Städt. OVR Düber  
Dipl.-Ing. Weidt  
VA Xandry  
Städt. VR Scholze  
Gleichstellungsbeauftragte Dellori  
StAR Dorsch  
VA Herter  
StAR Münker - als Schriftführerin

Nicht anwesend war:

Stv Mues, Gunter

**Zur Tagesordnung:**Öffentlicher Teil:

Die Tagesordnung wird um die Punkte 3.1 bis 3.3 und 14 erweitert.  
Punkt 9 wird zurückgestellt und in der Sondersitzung des Haupt- und Finanz-ausschusses am 21.03.2000 behandelt.

Nichtöffentlicher Teil:

Die Tagesordnung wird um Punkt 5 erweitert.

**A      ÖFFENTLICHE SITZUNG****1.      Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (CDU)**

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Elter bestimmt.

6. HFA 08.03.2000

**2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 09.02.2000**

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

6. HFA 08.03.2000

**3. Fragestunde****3.1 Grundstückskäufe und Verkäufe der Stadt Siegen**

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 01.03.2000

Die Antwort sowie nachträgliche Ergänzungen der Fachverwaltung sind dem öffentlichen bzw. nichtöffentlichen Teil der Niederschrift als Anlage beigefügt.

6. HFA 08.03.2000

**3.2 Durchführung der ordnungsbehördlichen Verordnung über die Auf- rechterhaltung der öffentlichen  
Sicherheit und Ordnung in der Stadt Siegen vom 19.05.1999**

Anfrage der UWG-Fraktion vom 01.03.2000

Die Antwort ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

6. HFA 08.03.2000

**3.3 Verlagerung der Feuer- und Rettungswache**

Anfrage der SPD-Fraktion vom 02.03.2000

Die Antwort ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Auf die Zusatzfrage von Herrn Kirchhöfer, ob angesichts des offenen Zeitplanes die Zuschussgewährung gefährdet sein könnte erwidert Herr Stötzel, dass es diesbezüglich keinen Hinweis gibt.

6. HFA 08.03.2000

**4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung**

Es liegen keine Anträge vor.

6. HFA 08.03.2000

**5. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NW****5.1 Platzierung des Wertstoffdepots im Stadtteil Volnsberg  
Anregung gem. § 24 GO NW der Frau Marlen Jourdan sowie weiterer 112 Unterzeichner vom 08.02.2000**

Vorlagennr. 287/00 - Vorlage vom 23.02.2000

Nach umfassenden Erläuterungen durch die Beschwerdeführerin fasst der Haupt- und Finanzausschuss folgenden

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuß des Rates der Stadt Siegen bestätigt gemäß A Ziffer 4 b der Anlage II zur Hauptsatzung der Stadt Siegen die Stellungnahme des Bürgermeisters und überweist die Anregung zur erneuten Beratung an den Bezirksausschuss III - Siegen-Ost.

**Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen**

6. HFA 08.03.2000

**5.2 Geplantes Gewerbegebiet „Heidenberg“  
Beschwerde gem. § 24 GO NW der Bürgerinitiative gegen das „Gewerbegebiet Heidenberg“**

Vorlagennr. 294/00 - Vorlage vom 24.02.2000

Herr Boller nimmt Bezug auf die detaillierter Stellungnahme des Sprechers der Bürgerinitiative und bezweifelt, dass alle in der Beschwerde aufgeführten Fragen im Rahmen der Offenlegung des Bebauungsplanes „Heidenberg“ behandelt werden. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatte seinerzeit dem Aufstellungsbeschluss nur unter der Voraussetzung zugestimmt, dass anhand eines Wohnraum-konzeptes der Nachweis über einen möglichen Verzicht auf Wohnbauflächen in diesem Bereich erbracht wird. Dies ist bislang nicht erfolgt und auch der Bedarf an Gewerbeflächen nicht überzeugend dargelegt. Daher wird er dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuß des Rates der Stadt Siegen bestätigt gemäß A Ziffer 4 a der Anlage II zur Hauptsatzung der Stadt Siegen die Stellungnahme des Bürgermeisters und erklärt damit die Anregungen und Beschwerden für erledigt.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (1 Gegenstimme, 0 Enthaltungen)**

6. HFA 08.03.2000

**5.3 Weiterbau der Autobahn A 4 zwischen Krombach und Hattenbach  
Anregung/Beschwerde gem. § 24 GO NW des Herrn Karl-Jürgen Reusch vom 20.02.2000**

Vorlagennr. 295/00 - Vorlage vom 24.02.2000

Nach ausführlicher Stellungnahme des Beschwerdeführers fasst der Haupt- und Finanzausschuss folgenden

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuß des Rates der Stadt Siegen bestätigt gemäß A Ziffer 4 a der Anlage II zur Hauptsatzung der Stadt Siegen die Stellungnahme des Bürgermeisters und erklärt die Anregung für erledigt.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür, 0 Enthaltungen**  
**(1 Gegenstimme BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

6. HFA 08.03.2000

6. 28. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Stadt Siegen;  
(Zur Darstellung von Windkraftanlagen)  
hier:  
a) Auf § 31 GO NW wird hingewiesen,  
b) Prüfung und Abwägung der während der frühzeitigen Bürgerbe- teiligung und der öffentlichen  
Auslegung eingegangenen Bedenken und Anregungen,  
c) redaktionelle Ergänzung des Erläuterungsberichtes  
d) Beschluss der 28. Flächennutzungsplanänderung mit Erläuterungs- bericht

Vorlagenr. 188/99 - Vorlage vom 17.11.1999

Aufgrund der unterschiedlichen Beratungsergebnisse der Bezirks- und Fachaus-schüsse wird über die einzelnen Standortvorschläge getrennt abgestimmt:

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, den Standort Nr. 1 „Meiswinkel“ als Vorrangfläche für Windkraftanlagen im Flächennutzungsplan auszuweisen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (2 Gegenstimmen, 1 Enthaltung)**

---

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, den Standort Nr. 2 „Oberschelden“ als Vorrangfläche für Windkraftanlagen im Flächennutzungsplan auszuweisen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (1 Gegenstimme, 0 Enthaltungen)**

---

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, den Standort Nr. 4 „Volnsberg“ als Vorrangfläche für Windkraftanlagen im Flächennutzungsplan auszuweisen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (1 Gegenstimme, 0 Enthaltungen)**

---

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, den Standort Nr. 5 „Breitenbach“ als Vorrangfläche für Windkraftanlagen im Flächennutzungsplan auszuweisen.

**Beratungsergebnis: 6 Stimmen dafür, 6 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen)**

Damit ist der Vorschlag bei Stimmengleichheit abgelehnt.

---

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, den Standort Nr. 6 „Sohlbach“ als Vorrangfläche für Windkraftanlagen im Flächennutzungsplan auszuweisen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (4 Stimmen dafür, 0 Enthaltungen)**

---

*Hinweis: Die aus der Abstimmung resultierende Änderung des formalen Beschluss-vorschlages wird zur Abschlussberatung im Rat am 21.03.2000 vorgelegt.*

6. HFA 08.03.2000

**7. Gemeinschaftsaufgabe Frauenförderung  
Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes**

Vorlagenr. 272/00 - Vorlage vom 03.02.2000

Frau Dellori führt aus, dass die Verwaltung nunmehr dem Auftrag des Rates vom 24.11.1999 nachkommt und die Grundlagen für die Weiterentwicklung der Frauenförderung vorlegt. Die Schwerpunkte liegen dabei in der Änderung der Hauptsatzung, der Aktualisierung der Datengrundlage zur Beschäftigungssituation und darauf aufbauend einem Entwurf eines Frauenförderplans. Es ist jedoch auch erforderlich, dass bei Verwaltungsentscheidungen und Entscheidungen der politischen Gremien die Gleichstellungsstelle im Vorfeld eingebunden wird um strukturelle Beiträge zur Verbesserung der Berufs- und Lebenschancen von Frauen leisten zu können.

Frau Fries begrüßt den Verwaltungsvorschlag, hat jedoch Zweifel, dass die Bemühungen von allen unterstützt werden. Als ein Beispiel nennt sie die Entscheidung, die Gleichstellungsstelle zukünftig im Rathaus Geisweid unterzubringen. Sie hätte vielmehr erhofft, dass der Bürgermeister der Gleichstellungsstelle einen höheren Stellenwert beimisst und als direkter Vorgesetzter auf eine unmittelbare räumliche Nähe Wert gelegt hätte.

Herr Stötzel erklärt, dass nach umfangreicher und langer Abwägung aller Gesichtspunkte seinerseits die Entscheidung getroffen wurde. Er hat keinen Zweifel, dass die Arbeitsqualität der Gleichstellungsstelle dadurch nicht beeinträchtigt wird.

Herr Siebel nimmt Bezug auf die anlässlich des internationalen Frauentags von der Gleichstellungsstelle verteilten Unterlagen und kritisiert Form und Inhalt der Ausführungen zu der Entscheidung über die räumliche Unterbringung. Er wirft die Frage auf, ob in diesem Fall gegen die Treuepflicht verstoßen wurde.

Herr Rothenpieler merkt an, dass mit dem Landesgleichstellungsgesetz ein Instrumentarium geschaffen wurde, das nunmehr auch auf kommunaler Ebene eingesetzt werden muss. Er gibt weist aber darauf hin, dass die Umsetzung des Gesetzes keine Besserstellung der Frauen bedeuten kann.

Herr Dr. Holzäpfel merkt an, dass die erfolgreiche Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes in der Praxis von der gegenseitigen Verhandlungs- und Kompromissbereitschaft und übereinstimmenden Vorschlägen abhängen wird und fordert daher alle Beteiligten auf, dies zu bedenken.

Herr Boller hat angesichts der Ausführungen seitens der Vertreter der CDU-Fraktion Bedenken, dass das Landesgleichstellungsgesetz mit der damit verbundenen Zielsetzung umgesetzt wird.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beauftragt die Verwaltung, zur Umsetzung des Landes-gleichstellungsgesetzes entsprechend § 5 Abs. 6 GO NW die erforderlichen Ände-rungen bei der Hauptsatzung zu berücksichtigen und den Entwurf eines Frauenförderplanes gemäß §§ 5 a und 6 Landesgleichstellungsgesetz zu erstellen.

Grundlage für den Frauenförderplan soll die Fortschreibung der Daten zur Be-schäftigungssituation in der Stadtverwaltung Siegen für die Jahre 1998/99 sein, die Bestandteil des ersten Berichtes zur Gemeinschaftsaufgabe Frauenförderung 1996/97 waren (vgl. Ratsbeschluss vom 24.06.1998 zur Vorlage Nr. 2812/98). Die Berichterstattung dazu soll im II. Quartal dieses Jahres erfolgen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen**

6. HFA 08.03.2000

**8. Zwischenbericht über den Stand der Umsetzungsmaßnahmen im Bereich der Gebäudereinigung**

Vorlagenr. 271/00 - Vorlage vom 27.01.2000

Herr Schulte nimmt Bezug auf die Diskussion im Bauausschuss im Rahmen der Be-ratung über die Änderung der Friedhofsgebühren, wo ein erhebliches Einsparpo-tenzial in einer Größenordnung von rd. 150 TDM aufgezeigt wurde. Er bittet, dies bei Gelegenheit im Detail zu darzustellen.

Herr Xandry erläutert, dass nach den aktuellen Hochrechnungen Einsparungen von max. 60 TDM realisiert werden könnten. In diesem Zusammenhang ist aber auf die Entscheidung des Haupt- und Finanzausschusses aus 1994 hinzuweisen, Einspa-rungen sozial verträglich im Rahmen der Personalfluktuatation umzusetzen.

Herr Dr. Holzäpfel hebt hervor, dass das Ergebnis die seinerzeitige Vorgabe des Rates bei Weitem übertrifft.

**Fazit:**

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt den Bericht zur Kenntnis.

6. HFA 08.03.2000



9. Einrichtung eines Kinder-, Jugend- und Familienzentrums für die Regionen Achenbach, Heidenberg und Fischbacherberg im leerstehenden Übergangswohnheim Breslauer Straße 14

Vorlagennr. 297/00

Die Vorlage wurde abgesetzt.

6. HFA 08.03.2000

10. Haushalt 1999

hier:

a) Vorläufiges Jahresabschlussergebnis

b) Entscheidung über die Bildung von Haushaltsresten im Jahresabschluss 1999

Vorlagennr. 290/00 - Vorlage vom 23.02.2000

Herr Baumeister nimmt zu den wesentlichen Parametern des Jahresabschlusses Stellung und weist zunächst darauf hin, dass im Verwaltungshaushalt das anvisierte Ergebnis erreicht werden konnte. Dennoch ist dies nicht zufriedenstellend, da mit den Einnahmen aus der Gewerbesteuer kein zusätzlicher Beitrag zum Abbau des Defizits geleistet werden konnte. Vielmehr mussten Mindereinnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Personalmehrkosten finanziert werden. Er macht deutlich, dass keine Möglichkeit besteht, weitere Haushaltsreste zu bilden.

Für eine ausgeglichene Gestaltung des Vermögenshaushalts waren ebenfalls restriktive Maßstäbe bei der Bildung von Haushaltsausgaberesten erforderlich, wodurch die Eckdaten des Haushaltes eingehalten werden konnten.

Der Schuldenstand konnte in 1999 um 55,6 Mio. DM auf rd. 206 Mio. DM reduziert werden, wobei dies jedoch überwiegend auf den Einsatz des zurückgegebenen Trägerdarlehens zurückzuführen ist. Es ist auch deutlich darauf hinzuweisen, dass aufgrund der nicht erzielbaren festgelegten Veräußerungswerte die Erlöse aus den beabsichtigten RWE-Aktienverkäufen noch nicht realisiert werden konnten.

Auf Nachfrage von Herrn Siebel zur Übertragung von Bauunterhaltungsmitteln unter Berücksichtigung des 5 Mio. DM-Sonderprogrammes im Bereich Stadien und Sportplätze erläutert Herr Baumeister, dass im Sportetat eine weitere Bildung von Haushaltsresten nicht möglich war. Er stellt in Aussicht, eine entsprechende Mittelbereitstellung für das Haushaltsjahr 2000 zu überprüfen.

#### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen

- nimmt von dem vorläufigen Jahresrechnungsergebnis 1999 Kenntnis und
- stimmt der Bildung von Haushaltsausgaberesten nach den der Vorlage beigefügten Anlagen 1 (Verwaltungshaushalt) und 2 (Vermögenshaushalt) zu.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür

(1 Gegenstimme BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

6. HFA 08.03.2000

11. Haushaltsplan / Haushaltssatzung 2000

- 11.1 Beratung der Haushaltsstellen in der Zuständigkeit als Fachausschuss

Vorlagennr. 292/00 - Vorlage vom 23.02.2000

Bezüglich der Leistungs- und Strukturdaten des Haushaltsbuches weist Herr Baumeister darauf hin, dass einige Angaben noch zu überarbeiten sind. Im Ältestenrat wurde verabredet, dass nach Verabschiedung des Haushaltes 2000 eine Verständ-

digung zwischen Verwaltung und Politik über Form und Weiterführung des Haushaltsbuches erfolgen soll. Ein diesbezügliches Gespräch ist für Mai 2000 vorgesehen.

Herr Boller wendet sich gegen die Veranschlagung der Mittel für die Patenschaft des Schnellbootes „S 55“ sondern präferiert den Einsatz für internationale Jugend-begegnungen.

Den Ausführungen wird seitens der Herren Dr. Holzäpfel, Köhl und Walter wider-sprochen. Es wird auf die in den Vorjahren geführten Diskussionen verwiesen und darüber hinaus an dem Haushaltsansatz von 5.000,00 DM festgehalten.

Zudem hält Herr Boller die Veranschlagung der Verfügungsmittel des Bürger-meisters für zu hoch.

Dem widerspricht Herr Baumeister nachdrücklich. Die veranschlagten Verfügungsmittel des Hauptverwaltungsbeamten sind im landesweiten Durchschnitt betrags-mäßig an der unteren Grenze angesiedelt. Darüber hinaus sind die Mittel für den ehemaligen Stadtdirektor und Bürgermeister betragsmäßig zusammengefasst worden. Die Basis hierfür ist jedoch seit langen Jahren unverändert geblieben. Eine Kürzung hält er nicht für angezeigt.

Herr Kirchhöfer bestätigt diese Auffassung und weist zusätzlich darauf hin, dass in der zurückliegenden Legislaturperiode die Herausgabe von Mitteln des Bürger-meisters bzw. des Stadtdirektors stets abgestimmt und keine Doppelfinanzierungen aus den Verfügungsmittel vorgenommen worden seien. Er hält den Haushaltsansatz für angemessen.

Herr Walter fragt nach den Erhöhungen der Ansätze im SNA in den UA 010 (Rechnungsprüfung) und 024 (Öffentlichkeitsarbeit - Presse und Information -).

Herr Lehmann erläutert die Steigerung mit dem Tarifabschluss / der Besoldungs-anpassung sowie Höhergruppierungen / Beförderungen und Stellenverlagerungen bzw. der Problematik von Stellenzuordnungen. Verwaltungsseitig wird die Aufarbeitung der Problematik der Zuordnung von Personalausgaben in einer Verwaltungsvorlage für eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Personal, Organisation und Frauengleichstellung zugesagt.

#### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen stimmt den in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Haushaltsansätzen zu.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür**

**2 Stimmen dagegen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, UWG)**

6. HFA 08.03.2000

#### **11.2 Übersicht der anstehenden bzw. in Planung befindlichen Investitions-maßnahmen**

Vorlagennr. 216/00 und 216/00 A - Vorlagen vom 03.01. und 29.02.2000

Herr Kirchhöfer moniert, dass die Nachträge zu den Haushaltsplanunterlagen sehr spät vorgelegt wurden und eine entsprechende Beratung in den Fraktionen daher nicht möglich war.

Herr Baumeister weist darauf hin, dass es drucktechnische Probleme (Maschinen-defekt) im Vorfeld der Versendung der Unterlagen gegeben hat.

Herr Boller empfiehlt, aufgrund der Komplexität der beiden Vorlagen diese zunächst zur Kenntnis zu nehmen, ohne hierdurch das Einverständnis des Haupt- und Finanzausschusses zu allen Einzelmaßnahmen zu erteilen.

Auch Herr Rothenpieler sieht die Aufarbeitung der vielfältigen Problemstellungen aus den Vorlagen in der Kürze der Zeit als nicht möglich an. Er dankt jedoch der Verwaltung für die durch den Haupt- und Finanzausschuss angeforderte Vorlage und die Darstellung der Einzelproblematiken bei den Investitionsmaßnahmen.

**Fazit:**

Mehrheitlich wird durch die Fraktionen die Auffassung vertreten, dass die Vorlage einer neuerlichen Beratung im Haupt- und Finanzausschuss zugeführt werden soll. Die Übersicht wird zunächst zur Kenntnis genommen.

6. HFA 08.03.2000

**11.3 Stellenplan der Stadtverwaltung Siegen****1. Stellenplan 2000****2. Mittelfristiger Ausbildungsstellenplan 1996 - 2000 (Fortschreibung)**

Vorlagennr. 242/00 und 242/00 A - Vorlagen vom 25.01. und 02.03.2000

Herr Dr. Holzäpfel gibt einen Überblick über die Beratung des Stellenplanentwurfes im Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung und die dort empfohlenen Änderungen. Im Einzelnen handelt es sich um die Stellenbewertung der Seniorenbeauftragten sowie um eine Mehrstelle im Institut Museen für eine wissenschaftliche Fachkraft für Industrie- und Regionalgeschichte des Siegerlandes. Der Überprüfung der Stellenbewertung wurde mit der Vorlage Nr. 242/00 A bereits entsprochen.

Er erklärt ausdrücklich das Einverständnis zu den vorgelegten Veränderungen des Stellenplanes 2000 mit dem Hinweis auf die nach seiner Auffassung unzulängliche Führung des Stellenplanes in Vorjahren. Die Notwendigkeit der Korrektur bei etlichen Stellen ist sowie die korrekten Stellenausweisungen sind sowohl für ihn als auch für den Fachausschuss nachvollziehbar.

Der vorgelegte Stellenplan sollte in dieser Form einschließlich der Mehrstelle akzeptiert und dem Rat zur Beschlussfassung empfohlen werden.

Frau Fries reflektiert auf die Stellenplanberatung und das Museumskonzept in der Diskussion des letzten Jahres. Sie gibt zu bedenken, dass mit der Einrichtung einer Mehrstelle im Museumsbereich die städtischen Personalkosten um mehr als 100 TDM per anno steigen werden. Sie sieht vielmehr die Gelegenheit, den Kreis Siegen-Wittgenstein in die Aufarbeitung der Regional- und Industriegeschichte einzu-binden und schätzt die Kreisverwaltung in dieser Angelegenheit für gesprächsbereit ein. Insbesondere die Vertreter der CDU-Fraktion sollten auf die Mandatsträger im Kreistag hinzuwirken, um eine Entlastung der städtischen Finanzen herbeiführen zu können.

Die SPD-Fraktion wird der Mehrstelle nicht zustimmen.

Herr Dr. Rohr differenziert in dieser Angelegenheit. Er sieht insbesondere eine Kooperationsmöglichkeit in der Frage des Stadtarchivs. Aus seiner Sicht ist jedoch die zweite wissenschaftliche Stelle im Museum unabdingbar im Hinblick auf die anstehenden inhaltlichen Veränderungen des Museumsbereiches. Er begrüßt daher die Empfehlung des Fachausschusses.

Herr Schneider nimmt ebenfalls Bezug auf die Beratung des Stellenplanes im Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung. Die von ihm dort beanstandeten Abweichungen, die nicht in Anlage 4 enthalten waren, fußen auf einer Fehleinschätzung. In einem gemeinsamen Gespräch mit FBL 2, Herrn Lehmann, und dem Personalratsvorsitzenden, Herrn Müller, konnten die Bedenken erörtert und ausgeräumt werden.

Er fragt nach der Personalbemessung in den Bürgerbüros unter Berücksichtigung erweiterter Öffnungszeiten und bittet darüber hinaus um Informationen bis zur Rats-sitzung am 21.03.2000 zu den unterschiedlichen Bewertungen der Abteilungsleiter-stellen in den Gruppen BAT II und III/II Im Hinblick auf Einsparmöglichkeiten in der Gesamtverwaltung durch verstärkte Organisationstätigkeit spricht er sich für die Wiederbesetzung der Abteilungsleiterstelle 2/3 aus.

Die vorgeschlagenen Höhergruppierungen und Beförderungen im Jahre 2000 nach seinen Ermittlungen mit einem Kostenvolumen von 400 bis 500 TDM zu veranschla-gen. Bei Ansatz der Personalkosten des Haushaltsjahres 1993 mit 100 % ergibt sich eine Kostensteigerung von 7,5 % zum Haushaltsjahr 2000. Demgegenüber sind die Ausgaben des Verwaltungshaushaltes um rd. 2,5 % in diesem Zeitraum zurückge-gangen. Daher ist es erforderlich, die Personalkosten kritisch zu verfolgen und den Steigerungsraten anzupassen. Hierzu sollten durch die Verwaltung kurzfristig strategische Maßnahmen aufgezeigt und den zuständigen Gremien zur Beratung vorgelegt werden.

Herr Rothenpieler weist darauf hin, dass die zuletzt vorgetragene Haltung von Herrn M. Schneider durch die CDU bereits seit Jahren vertreten werde. Er sieht die dies-bezügliche Übereinstimmung bei SPD und CDU als gute Handlungsbasis für die Zukunft an.

Herr Boller sieht bezüglich der Thematik Stellenabbau keine großen Fortschritte außer im Bereich der Gebäudereinigung. Er verweist auf die den Schreibkräften in der letzten Legislaturperiode in Aussicht gestellten Höhergruppierungen und macht deutlich, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weiterhin hinter diesem Vorschlag steht. Demgegenüber betrachtet seine Fraktion insbesondere die Höher-gruppierungen / Beförderungen in den höherwertigen Stellen sehr kritisch. Vor der Besetzung der Abteilungsleiterstelle 2/3 sollte zunächst die Diskussion über die weitere Ausgestaltung der Verwaltungsmodernisierung geführt und erst dann über die konkrete Besetzung entschieden werden. Auch der Vorschlag zur Höhergruppierung / Beförderung von Controllern ist nicht akzeptabel, ohne zu wissen, welche Anzahl von Controllern nach der Verwaltungs-modernisierung noch verbleiben soll. Darüber hinaus sind die Tätigkeitsfelder und insbesondere die Zuordnung neu festzulegen.

Zu den beiden letzten Fragestellungen erklärt Herr Bürgermeister Stötzel, dass er dem Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung noch vor der Sommerpause die weitere Vorgehensweise im Zuge der Verwaltungsmodernisierung / NSM darlegen wird. In diesem Zusammenhang werden auch die Fragen bezüglich der Controller aufgegriffen.

Zur Frage der Bürgerbüros hinsichtlich veränderter Öffnungszeiten und der Personalbemessung verweist Herr Lehmann auf die derzeit laufenden Gespräche mit dem Personalrat. Hinsichtlich des Abbaus weiterer Personalkosten stellt er heraus, dass nach seiner Auffassung die Verwaltung an einer Schmerzgrenze angelangt ist und weitere Personalkostenreduzierungen nicht ohne weiteres vorgenommen werden könnten. Spielraum sieht er ggf. in den freiwilligen städtischen Leistungen. Er verweist jedoch darauf, dass ohne betriebsbedingte Kündigungen Personal nicht kurzfristig freigesetzt werden kann. Die Verwaltung geht davon aus, dass die Vermeidung betriebsbedingter Kündigungen auch künftig politischer Wille ist. Somit sind Personalkostenreduzierungen nur sukzessive im Zuge natürlicher Fluktuation und sonstiger Abgänge möglich. Er verweist zudem ausdrücklich auf die staatlicherseits zusätzlich übertragenen Aufgaben im kommunalen Sektor.

Bezüglich der durch Herrn Boller angesprochenen Eingruppierung der Schreibdienstmitarbeiterinnen führt Herr Lehmann aus, dass mit dem Personalrat dahingehend Einverständnis erzielt wurde, dass Einzelbewertungen vorzunehmen sind. Bei den Controllerstellen handelt es sich lediglich um die eingruppierungskonforme Ausweisung der Stellen im Stellenplan. Die aufgezeigten Höhergruppierungs- / Beförderungsmöglichkeiten sind dann im Zuge der konkreten Verwaltungsvorlage vorzunehmen. In diesem Zusammenhang bittet er nochmals zu überdenken, zum Verfahren der Vorjahre zurückzukehren und bei Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen im Arbeiter- und Angestelltenbereich im laufenden Haushaltsplan die entsprechenden Einstufungen vorzunehmen und diese haushaltsplanmäßig im nächsten Stellenplan nachzuvollziehen.

Herr Köhl legt dar, dass die Position der SPD keine neue sei. Vielmehr unterstreicht er die sachliche Notwendigkeit, Wiederbesetzungen im Einzelfall zu überprüfen.

Frau Dellori führt hinsichtlich der Umsetzung der Gleichstellungsfragen aus, dass der Stellenplan aus ihrer Sicht das strukturpolitische Mittel zur Verbesserung der Beschäftigungssituation der Frauen in der Stadtverwaltung Siegen ist. Auf dieser Basis erfolgte ihre Stellungnahme zum Stellenplan 2000 und sie bittet, diese entsprechend zu bewerten. Sie führt diesbezüglich drei konkrete Beispiele an.

Herr Rothenpieler stellt formell den Antrag, zu den Tagesordnungspunkten 11.3 (Stellenplan) und 11.4 (Haushaltsplan) keine formale Beschlussfassung vorzunehmen und diese beiden Punkte ohne Beschlussfassung zum Rat durchlaufen zu lassen. Eine Abstimmung wird nicht vorgenommen.

#### **Fazit:**

Die Vorlagen werden ohne Beschlussempfehlung an den Rat weitergeleitet.

**11.4 Beratung und Beschlussfassung von Haushaltssatzung / Haushaltsplan 2000, des Investitionsprogrammes 1999 - 2003 und der 6. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 1194 für das Haushaltsjahr 2000 unter Einschluss der mittelfristigen Finanzplanung 1999 bis 2003/2006**

Vorlagenr. 289/00 - Vorlage vom 23.02.2000

dazu:

zwei Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.03.2000

Herr Schiemer weist auf zwei Veränderungsnotwendigkeiten im Vermögenshaushalt bezüglich der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Landschaftspflege und Energie hin. Es handelt sich um die Haushaltsansätze für die Ersatzpflanzung von Bäumen.

Herr Baumeister bestätigt die Darstellung von Herrn Schiemer. Aufgrund eingehender Mehreinnahmen ist die Verwaltung jedoch berechtigt, auch Mehrausgaben zu leisten, so dass eine Veränderung der Ansätze nicht zwingend erfolgen müsse.

Herr Schiemer legt Wert auf eine entsprechende Ausweisung.

Herr M. Schneider beantragt zu TOP 11.4, wie vorher schon Herr Rothenpieler, über den Haushaltsplan nicht zu beschließen, sondern diesen ohne Beschluss an den Rat durchlaufen zu lassen.

**Fazit:**

Die Vorlage wird ohne Beschlussempfehlung an den Rat weitergeleitet.

6. HFA 08.03.2000

**12. Gestaltungsvorschriften für Bebauungsplan Nr. 265 „Stimmerweg“ in Eisern;**

hier:

- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Beschluss der örtlichen Bauvorschriften als Satzung gem. § 86 BauO NW

Vorlagenr. 197/00 - Vorlage vom 22.12.1999

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die örtlichen Bauvorschriften für den Geltungs-bereich des Bebauungsplanes Nr. 265 "Stimmerweg" laut Anlage 1 zur Vorlage gem. § 86 BauO NW als Satzung.

**Beratungsergebnis: Einstimmig, 1 Enthaltung (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

6. HFA 08.03.2000

13.        5. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Stadtgebiet von Siegen vom 27.01.1981;  
             hier: Erhöhung der einzelnen Gebührentarife nach § 4 der Satzung, Änderung des § 3 der Satzung

Vorlagenr. 278/00 - Vorlage vom 02.02.2000

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gemäß Anlage 9 die 5. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Stadtgebiet Siegen vom 27.01.1981.

**Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen**

6. HFA 08.03.2000

14.        Weisungsrecht des Rates der Stadt Siegen gegenüber Vertretern der Stadt Siegen im Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe zur Sitzung am 23.03.2000;

hier:  
Neufestsetzung der Erdgas- und Wärmeabgabepreise im Versorgungs-gebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH ab 01. April 2000

Vorlagenr. 302/00 - Vorlage vom 28.02.2000

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, gegenüber den Vertretern der Stadt Siegen im Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH zur Sitzung am 23.03.2000



zum Tagesordnungspunkt 2 "Neufestsetzung der Erdgas- und Wärmeabgabepreise im Versorgungsgebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH ab 01. April 2000" **keine Weisung** nach § 113 Abs. 1 GO NW zu erteilen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen**

6. HFA 08.03.2000